

## **ANTRAG**

**der Fraktion Freie Wähler/BMV**

### **Umweltschutz und Sicherheit ernstnehmen: Forschung vorantreiben**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Auch in Naturschutzgebieten kann es zu einem Rückgang von Insekten kommen. Da die Ursachen dafür nicht abschließend geklärt sind, muss die Forschung intensiviert werden.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. zusammen mit dem Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern sowie den Universitäten in Rostock und Greifswald als auch ehrenamtlichen Entomologen, Ornithologen und Botanikern eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.
2. eine Langzeituntersuchung im Naturschutzgebiet Anklamer Stadtbruch durchzuführen, um die Populationsentwicklung von Insekten, Vögeln und Pflanzen zu überwachen.
3. ein Moratorium für Wiedervernässungsmaßnahmen in der Nähe von Wohngebieten, Infrastruktur und landwirtschaftlich genutzten Flächen zu erlassen.

**Bernhard Wildt und Fraktion**

**Begründung:**

Der Landtag beschloss in seiner 32. Sitzung am 15. März 2018, im Rahmen des Antrags „Insektensterben stoppen - Forschungen intensivieren“, dass „die Forschung zu den Ursachen des Rückgangs der Insektenpopulation vorangetrieben wird“ ([http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/40767/insektensterben\\_stoppen\\_forschungen\\_intensivieren.pdf](http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/40767/insektensterben_stoppen_forschungen_intensivieren.pdf)).

Die Landesregierung sollte diesem Beschluss nachkommen und für das Naturschutzgebiet Anklamer Stadtbruch eine Langzeituntersuchung durchführen, die die Populationsentwicklung von Insekten, Vögeln und Pflanzen überwacht.

Es ist bekannt geworden, dass es in zwei Bereichen der A 20, Speckmoor bei Sanitz und Neubrandenburg, zu Setzungserscheinungen kam (<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/095/1909546.pdf>). Da nicht ausgeschlossen werden kann, dass auch Wiedervernässungsmaßnahmen zu solchen Setzungserscheinungen beitragen, muss bis zur abschließenden Klärung aller Ursachen auf weitere Wiedervernässungsmaßnahmen in der Nähe von Infrastruktur verzichtet werden.